

Suez 2.0?

Attila Kiraly

Kaum hatte die deutsche Bundesregierung den Beschluss gefasst, den Beschluss im UN-Sicherheitsrat über eine Flugverbotszone über Libyen nicht zu fassen, ging eine Welle des Geschimpfes durch die politische Kaste dieses Landes. Diejenigen, die sich wahlweise so schön eingeschaukelt haben in das Bett der transatlantischen Subordination oder sich bereitwillig hinter Großsprüche französischer Ambition ducken, wenn sie gerade mal nicht den Vorgaben aus den USA folgen wollen, waren aufgeschreckt: Man kann sich hinter die Amerikaner stellen, wenn man den Franzosen nicht folgen will, oder hinter die Franzosen, wenn man den USA nicht folgen will – siehe Schröders Nichtbeteiligung am Irakkrieg –, aber nicht gegen beide. So der Tenor eines großen Teils der Parteipolitiker, von Grün bis Schwarz, einschließlich einiger Sozialdemokraten.

Auch im Feuilleton heißt es, „fundamentale Orientierungen“ seien preisgegeben worden, die zur „Staatsräson“ der alten Bundesrepublik von Adenauer bis Kohl gehört hätten, als da sind: „die unverbrüchliche Westbindung, die transatlantische Allianz und die unbedingte westliche Bündnissolidarität“ (so der Hamburger Autor Jens Hacke in der *Berliner Zeitung* vom 2./3. April 2011). Bei dem Wort „unverbrüchlich“ muss der gelernte Ostmensch laut lachen, das war jahrzehntelang das obligatorische Adjektiv im Parteichinesisch, wenn es um die „unverbrüchliche Freundschaft“ der DDR zur Sowjetunion ging. In der verinnerlichten Liebedienerei gegenüber den USA taucht nun unversehens genau dieses Wort auf. Das wird der Kanzlerin gewiss noch erinnerlich sein. Folgerichtig haben andere Zeitungsschreiber gemeint, Angela Merkel – Pfarrerstochter hin, Pfarrerstochter her – habe als Ostdeutsche nicht das richtige warmherzige Verhältnis zu den USA. Außenminister Westerwelle, der als nahe Bonn Geborener ostdeutscher Gene unverdächtig ist, wird derweil zum Rücktritt gedrängt, nicht zuletzt als Hauptverantwortlicher für jene außenpolitische Entscheidung im Sicherheitsrat.

Aber ist diese Art Kritik überhaupt am Platze? Vorreiter der Libyen-Bombardierung war der französische Präsident Sarkozy, gefolgt vom britischen Premier. Die USA machten mit. Sie waren

es aber, die darauf bestanden, dass die NATO das Kommando übernahm, und erklärten schließlich, dass sie ihre eigenen Kriegstätigkeiten auf rein unterstützende Maßnahmen reduzieren. Pentagon-Chef Robert Gates betonte, die USA würden keine Bodentruppen nach Libyen schicken, der Einsatz müsse zeitlich begrenzt bleiben und koste im Übrigen das Geld der amerikanischen Steuerzahler; das Land habe Haushaltsprobleme. Nach Berechnungen internationaler Militärexperten hatten die Briten in der ersten Woche des Krieges 25 Millionen Pfund ausgegeben (ohne die Kosten der verschossenen Munition), die französischen Einsätze hätten nicht viel mehr gekostet, während die USA pro Kriegstag 100 bis 130 Millionen US-Dollar ausgegeben haben.

Inzwischen steht Obama in der Kritik der innenpolitischen Rechten. Die Abgeordnete des US-Repräsentantenhauses Michele Bachmann, eine der Galionsfiguren der reaktionären Tea-Party-Bewegung und möglicherweise zu Höherem berufen, wenn es nach der Republikanischen Partei geht, erklärte, von Oberst Gaddafi gehe keine Gefahr für die USA aus und durch ihn seien auch keine US-Interessen bedroht. Greuel-taten gäbe es auch anderenorts in der Welt, so in Syrien, ohne dass die USA intervenieren. Es gäbe Informationen, dass in der libyschen Opposition gegen Gaddafi al-Qaida-Kämpfer seien, und deren Förderung liege nun wirklich nicht im Interesse der USA. Konservative kritisieren zudem, dass Obama die Beteiligung der USA an den Kriegshandlungen mit der Begründung einer „humanitären Intervention“ unter Berufung auf den UN-Sicherheitsrat und am US-Kongress vorbei betrieben habe, was ohnehin „Landesverrat“ sei.

Eine weitere Beteiligung der USA steht also auf wackligen Füßen. Plötzlich sind Frankreich und Großbritannien und ihre anderen Willigen ohne Beihilfe der USA. Diese Willigen werden wahrscheinlich rasch das Feld räumen. Spätestens wenn Gaddafi dann immer noch machtvoll sein sollte, müssen auch Franzosen und Briten sich fragen lassen, zu welchem Ende sie eigentlich gebombt haben. Die Erinnerung an 1956, als sie den Suezkanal zurückeroberten und Präsident Nasser aus dem Amt bomben wollten und schließlich gedemütigt wieder abziehen mussten, wird dann wieder hochkommen. Und die Deutschen waren gut beraten, nicht dabei gewesen zu sein. 🌐